

Räumung und Sicherheitsfrage.

Keine Veröffentlichung des Kontrollberichts?
Bewusste Behinderung der Räumungs- und Sicherheitsfrage.

Bonn, 10. Februar. Der hiesige Vertreter des B.D. erklärt, daß die von verschiedenen Blättern heute morgen gedruckte Meldung, wonach der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission in dieser Woche veröffentlicht werden wird, vollkommen unbegründet ist. Eine Entscheidung über die Frage, ob der Bericht überhaupt veröffentlicht werden soll, konnte nicht gefaßt werden, da der Bericht noch nicht vorliegt. Es erscheint jedoch nach wie vor zweifelhaft, ob der Bericht überhaupt veröffentlicht werden wird. Jedenfalls hegt man in hiesigen politischen Kreisen die Ansicht, daß der Bericht der Kommission zahlreiche unwesentliche Einzelheiten enthält, die durch eine Veröffentlichung den Charakter von ersten Verstößen seitens Deutschlands annehmen und dadurch die öffentliche Meinung in den Ländern der Alliierten nachteilig beeinflussen könnten. Die von auswärtiger Seite kommende Meldung, daß die Ueberreichung der Note der Alliierten in der Abrüstungsfrage verzögert werde, um vorher eine gemeinsame Vereinbarung in dieser Frage zu erzielen, hat Befremden erregt und wird als Versuch bezeichnet, die Sicherheitsfrage im allgemeinen mit der nach englischer Ansicht rein legalen Frage der Räumung zu verknüpfen. Es wird von britischer Seite erneut nachdrücklich betont, daß die Fragen der Räumung, der Sicherheit und der interalliierten Schulden nichts miteinander zu tun haben und vollkommen getrennt behandelt werden müssen. Nach hier vertretenen Auffassung wird die Räumung Adlins in dem Augenblick erfolgen, wo Deutschland die von den Alliierten gestellten Abrüstungsbedingungen durchgeföhrt hat. Es wird in britischen Kreisen nicht angenommen, daß angesichts dieser unterschiedenen Haltung der konservativen Regierung irgend welche Schwierigkeiten von Seiten der französischen Regierung zu erwarten sind.

Luther in München.

München, 10. Februar. Reichstanzler Dr. Luther ist hier eingetroffen. Im Ministerium des Äußern hieß Ministerpräsident Dr. Held den Kanzler herzlich willkommen und gab dem Wünsche Ausdruck, daß es gelingen möge, das deutsche Volk in eine bessere Zukunft hinüberzuführen. Dr. Luther betonte in seiner Erwiderung die Notwendigkeit einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern. Im Landtagsgebäude begrüßte Präsident Königbauer den Reichstanzler mit herzlichsten Worten, indem er ausföhrt, man könne in diesem Besuch eine Wertschätzung des Parlaments und eine Anerkennung seiner verfassungsmäßigen Rechte erblicken. Der Reichstanzler erwiderte, er werde sich bemühen, in der praktischen Arbeit die Bestrebungen der Länder-Regierungen zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben mit der Reichsregierung nach allen Kräften zu unterstützen. In dem Umstand, daß er jetzt mit den Vertretern des bayerischen Landtages sprechen könnte, sehe er den Ausdruck der Tatsache, daß die Vertretung des deutschen Volkes nicht etwa nur im Reichstag vorhanden ist, sondern daß die Gesamtvertretung des Volkes im Reichstag und in den Volksvertretungen der Länder liegt. Alle Volksvertretungen sollten ihre Arbeit so einrichten, um Volk und Vaterland in seiner Gesamtheit und dem ganzen deutschen Reich zu dienen. Vom Landtag aus begab sich Reichstanzler Dr. Luther zum Rathaus, wo ein Empfang stattfand.

München, 10. Februar. Im Anschluß an den Empfang im Rathaus fanden Besprechungen zwischen dem Reichstanzler und dem Staatsministerium statt. Am Abend folgte der Reichstanzler einer Einladung des Ministerpräsidenten zu einem Abendessen, zu dem u. a. der apostolische Nuntius Pacelli geladen war. Daran schloß sich ein Empfang beim Ministerpräsidenten, zu dem u. a. Vertreter sämtlicher Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten, Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen, der Beamtenverbände, der industriellen, landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelsorganisationen, sowie die Vorstehenden der Berufsorganisationen der Presse und der Verlegerverbände geladen waren.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Washington, 10. Februar. In Washington ist man davon überzeugt, daß der deutsch-amerikanische Handelsvertrag abgelehnt werden muß, wenn nicht dem Kongress die Ermächtigung gegeben wird, Bestimmungen hinzuzufügen, die für die amerikanische Schiffsahrtverwaltung besonders günstige Sätze vorsehen. Die Senatoren beschloßen einen entsprechenden Vorbehalt. Die Opponenten prophezeien schnellste Ratifizierung des Vertrages.

Vom Selbstbestimmungsrecht.

Angora, 10. Februar. Die Engländer fahren fort, im Blajet Rosul eine Politik der Gewalt und des Schreckens anzuhängen, um die Volksabstimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Trotz der gewalttätigen Unterdrückung weigern sich aber die hauptsächlichsten Führer, ihre Stimme für England abzugeben.

Paris, 10. Februar. „L'Avant“ berichtet aus Marseille, daß sich im Laufe der Nacht auf den Polizeikommissariaten der Stadt etwa 100 Personen gemeldet haben, die als sie aus einer katholischen Versammlung nach Hause gingen, überfallen und verletzt worden sind.

London, 10. Februar. Zwei Irländer, die unter der Beschuldigung verhaftet wurden, sich Mitteilungen über die von der Admiraltät im Dock von Portsmouth vorgenommenen Geheimversuche verschafft zu haben, wurden zu 15 bzw. 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Tokio, 10. Februar. Das Kabinett billigte den Text des russisch-japanischen Abkommens.

Die demokratische Rege.

Berlin, 10. Februar. Im Reichstag nahm heute bei Beginn der Sitzung der Abg. Dr. Beder-Hessen (D. Bpt.) das Wort zu einer Erklärung, um sich gegen die Angriffe des „Berliner Tageblatts“ im Zusammenhang mit Krediten zu wenden, die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsverbänden gegeben worden sind. Der Redner betonte zunächst, daß die „Hilfa“ nach Beginn des Ruhrkampfes gegründet und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurde. Die „Hilfa“ sei bereits im Jahre 1919 unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister gegründet worden, um in der schweren Uebergangszeit gewerblichen Unternehmungen Mittel für die Demobilisierung zu gewähren. Als es während des Ruhrkampfes notwendig

wurde, aus kleinen und mittleren Unternehmungen mit Krediten beizuspringen, benutzte man der Einfachheit halber die schon bestehende Organisation der „Hilfa“. Die Großindustrie war schon wegen der Beschränkung der Mittel der „Hilfa“ von vornherein ausgeschlossen. Der Redner weist die Behauptung zurück, daß er (Beder) mit der Schwerindustrie verknüpft und verschwiegelt sei und bezeichnet diese Behauptung als gemeine Lüge und ehrenabschneidende Verleumderei. Er sei nur einmal im Vorstand der Rheinischen Stahlwerke gewesen. Dieses Verhältnis wurde gelöst, als er in das Kabinett Cuno eintrat. Der Redner weist im übrigen auf die bereits erfolgten offiziösen Feststellungen in dieser Angelegenheit. Die besonders genannten Werke „Rhein Stahl“ und „Union“ hätten niemals einen Pfennig von der „Hilfa“ erhalten. Nur einem Düsseldorf'er Werk sei ein Kredit gegeben worden, da sonst einige tausend Arbeiter hätten entlassen werden müssen. Eine später auf seine Veranlassung eingeleitete Untersuchung sei ergebnislos geblieben. Die Rückzahlung sei bald danach erfolgt. Die vom „Berliner Tageblatt“ genannten angeblichen Verwalter der „Hilfa“ im Ministerium seien in Wirklichkeit nur Referenten, alle pflichttreue Beamte, von denen einer der Sozialdemokratischen Partei angehört. Wenn im übrigen ein Betrag von 2000 Goldmillionen genannt werde, so sei ja schon festgestellt, daß höchstens ein Betrag von 10 Goldmillionen in Frage komme. Der Redner schließt, daß es das Urteil über diese Dinge dem Hause und der Öffentlichkeit überlasse. Eine anständige Presse werde sich gewiß nicht dazu hergeben, dem Ausland Material zu liefern.

Abg. Dr. Birch (Str.) bittet ebenfalls, eine Erklärung abgeben zu wollen.

Präsident Lübbe erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten eingereicht werden müsse.

Es schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte hieran an, in der Abg. Koch-Weser (Dem.) Klärung der Frage fordert, ob es möglich ist, die Verhandlungen des Reichstages durch Montologe aufzuhalten. (Große Unruhe und Entrüstungsrufe rechts.) Dasselbe könne auch von anderer Seite in Hunderten von Fällen gegenüber Presseangriffen geschehen.

Die erregte Geschäftsordnungsdebatte endet schließlich damit, daß Präsident Lübbe feststellt, daß das Haus beschließen könne, in eine Besprechung dieser Erklärung einzutreten; für heute sei dies jedoch ordnungsmäßig nicht mehr zulässig.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und setzt die Beratung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums fort.

Der Barmat-Sumpf.

Hoefle verhaftet.

Berlin, 10. Febr. Reichspostminister a. D. Dr. Hoefle ist am Dienstag nachmittag, nachdem er zu einer Vernehmung bei Oberstaatsanwalt Hinde bestellt worden war, im Gerichtsgebäude festgenommen worden. Wie die Blätter mitteilen, sei der Haftbefehl wegen passiver Bestechung ergangen.

Die Staatsanwaltschaft rief heute nachmittag in der Villa Dr. Hoefles in Lichterfelde an und ersuchte den früheren Reichspostminister, sofort nach Moabit zu einer Vernehmung zu kommen. Dr. Hoefle fuhr sofort nach Moabit und esfuhr dann von dem Vertreter der Anklagebehörde, daß er sich vorläufig festgenommen zu betrachten habe und daß er voraussichtlich schon in wenigen Stunden der erbgültige Haftbefehl gegen ihn ergehen würde. Zu dieser Maßnahme haben wohl die Angaben Julius Barmats in den letzten Tagen beigetragen, der Dr. Hoefle befohlen hat. Es waren auch sonstige Nachrichten über gewisse Privatgeschäfte Dr. Hoefles in Hausläufen in Berlin bekannt geworden, die der Staatsanwaltschaft sehr verdächtig erschienen. Schließlich aber dürfte auch die Tatsache zu dem Vorgehen der Anklagebehörde wesentlich beigetragen haben, daß in Sachen der Depositionen- und Handelsbank A. G. Dr. Hoefle nicht unwesentlich belastet erscheint. Es handelt sich dabei um die Tatsache, daß Dr. Hoefle bereits im Sommer vorigen Jahres von einem Aufsichtsratsmitglied der Depositionen- und Handelsbank A. G. darüber ins Bild gesetzt wurde, daß in der Bank sehr vieles faul sei und daß die Post unbedingt durchgreifen müsse. Trotz dieser Warnung hat Dr. Hoefle es unterlassen, gegen die Bank vorzugehen. Weiterhin ist auch die Tatsache auffällig, daß in einigen Kontoauszügen der Depositionen- und Handelsbank Dr. Hoefle mit Summen erscheint, die der näheren Aufklärung bedürfen.

Berlin, 10. Februar. Im Barmat-Standal ist heute mitzuteilen, daß neben dem Strafverfahren gegen Bauer und Höfle auch gegen drei weitere Politiker, deren Namen im Untersuchungsausschuß mehrfach genannt worden sind, Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft schweben. Zu diesen drei Beschuldigten gehört auch der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann. Inwieweit die neuen Ermittlungsverfahren zu Anträgen im Reichstage nach Aufhebung der Immunität führen werden, steht zurzeit noch dahin. Auch der frühere Abgeordnete Fleischer mußte gestern in Moabit dem Untersuchungsrichter Rede und Antwort stehen. Reichstanzler a. D. Bauer wird ebenfalls von Kriminalbeamten ständig überwacht. Das gegen ihn eingeleitete Verfahren lautet auf Vergehen der Begünstigung, des Betrugs und der Untreue. Ob die weiteren Verfolgungen Bauers Weitergabe von Regierungsinformationen an die Brüder Barmat zur Devisenpekulation zum Schaden des Reiches als strafbare Verbrechen angesehen sind, unterliegt noch den Erwägungen der Staatsanwaltschaft.

Barmats Speckpatet.

Rotterdam, 10. Februar. Der „Courant“ meldet aus Amsterdam: Die Firma G. Schippmoelder in Amsterdam, Utrechtstraße 124, erklärt, daß sie im Auftrage Barmats im Jahre 1923 insgesamt 1718 Speckpatet an deutsche Politiker, Minister und Personen in führender Stellung geschickt habe. Unter den Adressen befinden sich Reichstanzler a. D. Bauer, Polizeipräsident Richter, Berlin, Postminister Höfle, Reichstanzler a. D. Scheibemann, Ministerpräsident Zeigner, Dresden, Minister Böttcher, Dresden, sowie etwa 150 Parlamentarier.

Die Niederlande verziehen...

Berlin, 10. Februar. Heute wurde vom Niederländischen Konsulat in Berlin dem Julius (Jeddo) Barmat in Berlin amtlich mitgeteilt, daß der seinerzeit von ihm als Gehilfe für seine beantragte Nationalisierung als Holländer hinterlegte Geldbetrag wieder zu seiner Verfügung stehe, nachdem sein Nationalisierungsgesuch früher abgewiesen sei.

August Müller aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten.

Berlin, 10. Februar. Der Minister a. D. Dr. August Müller, der zurzeit eine außerordentliche Professur an der Berliner Universität bekleidet, ist aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Er hat dem Parteivorstand geschrieben, daß er sich von der Sozialdemokratie trennen müsse, nachdem sie seine wiederholten Warnungen nicht beachtet hätte, ohne falsches Mittel die Elemente auszuscheiden, die sich lediglich als Geschäftssozialisten betätigten und sich in Geschäftsverbindungen mit den Gebr. Barmat eingelassen haben.

Die Barmat-Geschäfte der sächsischen Regierung.

Die roten Feiertage in Sachsen bleiben.

Dresden, 10. Februar. Der Landtag gab heute die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. B. v. R. (Rom.), so weit es sich um Pressebelästigung handelt, die der Abgeordnete als Redakteur sich hat zuschulden kommen lassen. Es handelt sich im ganzen um 23 Fälle.

Dann wurde über den Antrag Müller (D. Bpt.) und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Beziehungen der sächsischen Regierung zu Barmat beraten.

Abg. Müller (D. Bpt.): Am 1. Juli 1921 hat der damalige Landtag einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, um die Beziehungen des damaligen Wirtschaftsministeriums und seines damaligen Leiters Schwarz mit der holländischen Lebensmittelbeschaffungsgesellschaft zu untersuchen, dieselbe Gesellschaft, die heute unter dem Namen Gebrüder Barmat bekannt ist. Der Ausschuß hat seine letzte Sitzung im März 1922 abgehalten. Ein Bericht ist dem Hause nicht erstattet worden, obwohl der Abg. Zeller zum Berichterstatter ernannt worden war. Man hat sich dabei damit begnügt, festzustellen, daß der damalige Minister Schwarz persönlich unantastbar aus der Angelegenheit hervorgegangen sei. Nachdem jetzt über die Beziehungen zwischen den Gebrüder Barmat und der Gesellschaft „Amexima“ doch so schwerwiegendes und neues Material zutage gefördert worden ist, halten wir es im Interesse der politischen Reinlichkeit für notwendig, daß die Untersuchung, die damals der Ausschuß begonnen hat, wieder aufgenommen und nun zu Ende geführt und dem Landtag ein zusammenfassender Bericht erstattet wird. Wir alle haben ein Interesse daran, Klarzustellen, was an den Pressemeldungen richtig ist. Der Ausschuß soll durchaus nicht der gerichtlichen Untersuchung vorgehen, sondern diese und die Feststellungen des Reichstagsausschusses abwarten. Wir haben kein Interesse an einer Debatte über die Angelegenheit, das ist Sache des Ausschusses.

Abg. Böttcher (Rom.): Seine Partei habe ein sehr großes Interesse an einer Aussprache über diese Angelegenheit. Sie werde alles daran setzen, die Parteien, die in den Barmat-Standal verwickelt seien, an den Pranger zu stellen.

Wirtschaftsminister Müller erklärt, die Regierung werde alles Material, das der zu bildende Ausschuß wünschen beschaffen. Die kommunistische Neufassung bezwecke nicht, eine Klärung herbeizuföhren, sondern sich an der Sozialdemokratischen Partei zu rächen. Wahr sei es, daß die Regierung Bud Lebensmittelgeschäfte mit holländischen Firmen gemacht habe. Eine Ermittlung der Geschäfte habe nicht stattgefunden, es sei ein Angebot erfolgt. Was den Fall Schwarz anlangt, so habe Schwarz nicht als Vertreter der Regierung, sondern als Mitglied des Bezirksausschusses Pirna gehandelt. Auf den Fall Gradnauer lehne er ab, einzugehen, bevor die Untersuchung abgeschlossen sei. Gradnauer habe im übrigen mit den Lebensmittelgeschäften nichts zu tun gehabt, sondern nur das Wirtschaftsministerium. Die Sächsische Staatsbank habe sich an den Geschäften nicht beteiligen können, weil sie erst nach jener Zeit gegründet worden sei.

Abg. Dr. Kretschmar (Dnt.) erklärt, seine Partei werde der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zustimmen.

Abg. Betteke (Soj.) stimmt der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu und bittet die Deutsche Volkspartei, dahin zu wirken, daß seine Parteifreunde im Reichstage denselben Standpunkt einnehmen möchten wie Müller und seine Freunde im Landtage.

Abg. Schwarz (Dnt.) wendet sich gegen Müllers Behauptung, daß der frühere Untersuchungsausschuß seine Arbeit nicht abgeschlossen hätte. Es sei vielmehr festgestellt worden, daß er (Schwarz) persönlich ehrenhaft dastehet. Auch er wünsche nachmalige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Unter jeder großen Partei gebe es schwarze Schafe, er schäme sich auch heute der freundschaftlichen Beziehungen zu Barmat, wie er ihn kennen gelernt habe, nicht. Die Kommunisten seien es gewesen, die am meisten nach Lebensmitteln gerufen hätten. Er würde heute, wenn er nochmals in dieselbe Lage käme, dasselbe tun, was er getan habe. Seinerzeit habe man hier für die Hungernden in Rußland gesammelt, und die Sowjetleute hätten Hunderttausende von Dollar nach Deutschland geschickt, um die Schaffeln zu mästen, die Deutschland kaputt machen sollten. Redner verteidigt dann seine Genossen Bud und Gradnauer und kommt schließlich auf die ihm von Barmat angeblich eingetäumte Wohnung auf Lebenszeit zurück. Es sei derselbe kommunistische Schwindel wie von den Billen in Heidenau und Glasbütte und dem Jagdschloß in der Tschschostowale. Der Amtshauptmann von Thümmel-Wirna habe ihn gebeten, Mittel für ein Tuberkuloseheilmittel zu beschaffen, und er (Schwarz) habe sich an Barmat gewandt und das Geld auch erhalten. Wichtig sei, daß er für sich und seine Frau ein Zimmer mietfrei gewünscht habe. Er habe aber keine Vorteile daraus ziehen, sondern sich nur ein Aufsichtsrecht sichern wollen. Renner, der die Sache gekannt habe, sollte sich schämen, ihm (Schwarz) einen Streik zu brechen.

Das Haus beschließt dann, entsprechend dem Antrage, die Einsetzung eines elfgliedrigen Ausschusses, der in einer späteren Sitzung gewählt werden soll.

Ein Antrag Dr. Seiffert und Genossen auf Nachprüfung der Verhältnisse in denjenigen sächsischen Orten, die bei der neuesten Ortsklassenbildung für die Wohnungsgeldbesitzer Beamten herabgestuft worden sind, findet Annahme.

Dann kommt ein Antrag des Abg. Hofmann (Dnt.) und Genossen auf Aufhebung des Gesetzes über die Revolutionsfeiertage zur Beratung. Abg. Siebert (Dnt.) bemerkt, daß die Festsetzung von Feiertagen eigentlich Sache des Reiches sein müsse. Sächsische Sonderfeiertage würden während der Wirtschaft. Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit habe keine Veranlassung, den 9. November zu feiern, ebenso wenig den 1. Mai. Das deutsche Volk sei seit dem 9. November 1918 einen verächtlichen Tag erlebt worden.